Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

№ 270. | Erscheint jeden Wochentag Abends ½7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf. | Freitag, den 20. November. | Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. | 1885.

Des Bußtags wegen erscheint die nächste Nummer am Sonnabend Nachmittag.

An der Schwelle der Reichstagssession.

Wieder sind in der Reichshauptstadt die deutschen Volksvertreter versammelt, um an einer voraussichtlich inhalts- und arbeitsreichen Session theilzunehmen. Der Berathungsstoff wird dem deutschen Reichstage diesmal in reichstem Maße zuströmen, da zahlreiche Regierungsvorlagen bereits den deutschen Bundesrath beschäftigten, verschiedene andere noch in Vorbereitung sind, außerdem aber auch Gesetzvorschläge, Aenderungen und Interpellationen aus der Mitte des Reichstags erwartet werden. Um bei dieser Fülle des Stoffes keine unnöthige Zeit zu verlieren, soll die Reichstagsmehrheit entschlossen sein, die einleitenden Geschäfte der Session möglichst abzukürzen. Es ist deshalb die Absicht vorhanden, die Wiederwahl des früheren Präsidiums durch Akklamation zu vollziehen. Da der deutsche Bundesrath bereits am Dienstag dem Entwurfe eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsetats pro 1886/87 zustimmte und auch dem Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen zustimmte, kann der gesammte Etat sofort dem deutschen Reichstage zugehen. In dem letzteren dürfte dann schon am Montag die erste Etatsberathung stattfinden und noch im Laufe der künftigen Woche die zweite Berathung derjenigen Etats folgen, welche nicht an die Budgetkommission gewiesen werden.

Gegen die Erhöhung des Militäretats um etwa 22 Millionen Mark wird sich wenig einwenden lassen, da die Weltlage mehr Vorsicht erheischt als seit langer Zeit und der Moment nicht sehr zu einer Abrüstung geeignet erscheint. Gerade die seit dem Beginn der Balkankrise eingetretene Unsicherheit der politischen Verhältnisse soll die Reichsregierung veranlaßt haben, die Frage einer Verlängerung des Militär-Septennats zu vertagen. Vor einigen Wochen bestand die Absicht, ein darauf bezügliches Gesetz noch in dieser Session zum Abschluß zu bringen; man ist aber in den maßgebenden Kreisen davon zurückgekommen, weil man es für unpraktisch erachtete, angesichts der drohenden Orientwirren die Präsenzstärke des deutschen Heeres auf sieben Jahre hinaus fest zu bestimmen. Die Mehrforderungen für das Auswärtige Amt und für die Kolonien werden sicher diesmal weit größeres Entgegenkommen finden, wie in der vorigen Session, weil die Erfolge der Kolonialpolitik bereits für sich selbst sprechen und höhere Dotirungen einzelner Gesandtschaftsposten und Konsulate durch die kolonialen Verhältnisse vollständig gerechtfertigt erscheinen. Eine ebenso günstige Stimmung findet der Plan des Nord-Ostsee-Kanals, für welchen neben den politischen Motiven auch sehr gewichtige kommerzielle Gründe, besonders die Nothwendigkeit einer Hebung des Handels der Ostseestädte sprechen. Den Bewohnern der deutschen Nordseeküsten wird dagegen die Vorlage hochwillkommen sein, welche bezweckt, aus Reichsmitteln 100000 M. zur Hebung der Hochseefischerei zu verwenden.

Vor zwei Jahren ist das Gesetz über die Pensionirung der Reichsbeamten unerledigt geblieben und seitdem nicht wieder zum Vorschein gekommen, was zahlreiche Beamte dieser Kategorie veranlaßte, die Reichsregierung um Wiedereinbringung dieses Gesetzes in der bevorstehenden Session zu bitten. Es soll Aussicht vorhanden sein, diesem dringenden Bedürfniß abgeholfen zu sehen, wenn aus der Mitte des Reichstages eine Anregung erfolgt. In diesem Falle ist angeblich die Reichsregierung geneigt, die Vorlage nochmals einzubringen, ohne dieselbe von der Erledigung des Militärpensionsgesetzes abhängig zu machen. Noch günstiger stehen die Chancen für die geplante Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf Arbeiter in landwirthschaftlichen und forstwirthschaftlichen Betrieben, welche bisher auf Bedenken von konservativer Seite gestoßen war. Der betreffende Entwurf ist derart umgearbeitet worden, daß die zu demselben gestellten Anträge der früheren Reichstagskommission die möglichste Berücksichtigung fanden und die früher geäußerten Bedenken jetzt kaum mehr berechtigt erscheinen können. Von liberaler Seite wird die Wiedereinbringung dieses Entwurfes sogar freundlich begrüßt werden. Von einem weiteren Ausbau der Sozialreform ist es ganz still geworden und scheint man zunächst, ehe man das Gebiet der Altersversorgung betritt, abwarten zu wollen, wie die Krankenversicherung und die Unfallversicherung sich bewähren und von Denen aufgenommen werden, deren soziale Lage dadurch verbessert werden soll.

Der in Arbeit befindliche Entwurf einer Reform der Zuckersteuer ist jetzt noch nicht so weit gediehen, um dem Bundesrath vorgelegt zu werden und dürfte deshalb kaum vor den Weihnachtsferien an den Reichstag gelangen. Zur Zeit finden noch kommissarische Verhandlungen behufs definitiver Feststellung dieses Entwurfes statt, über den sich der preußische Finanzminister und der Landwirthschaftsminister erst mit dem deutschen Reichsschatzamt geeinigt hat, nachdem der Finanzminister v. Scholz von seiner Reise zum Fürsten Bismarck zurückgekehrt war. Was bis jetzt über die Reform der Zuckersteuer verlautete, dürfte kaum den Wünschen Derer entsprechen, welche einen offenen Bruch mit dem alten Steuersystem und die Einführung der Fabrikatsteuer erwarteten. Sollte das in der vorigen Session unerledigt gebliebene Postsparkassengesetz wieder aufgenommen werden, so dürften gegen dasselbe die früheren Gründe mit doppeltem Nachdruck geltend gemacht werden, weil inzwischen die Leitungen der Kommunal-Sparkassen bemüht waren, bei den letzteren alle die Einrichtungen zu schaffen, die man vorher als einen ausschließlichen Vorzug des Postsparkassen-Systems gerühmt hat. Fast noch geringere Sympathien bringt man dem Plan entgegen, die Verjährungsfrist für Preßvergehen zu verlängern, da alle politischen Parteien Grund haben, einer Neuerung zu widerstreben, welche für die freie Meinungsäußerung sehr verhängnißvoll werden kann.

Aus der Mitte des Reichstages erwartet man diesmal zahlreiche Interpellationen, die mit um so schärferen Wortgefechten verbunden sein dürften, als die Ultramontanen seit der Beseitigung der braunschweigischen Thronansprüche des Herzogs von Cumberland nicht sehr gesonnen scheinen, besondere Rücksichten auf ihre ehemaligen konservativen Freunde zu nehmen. Die Mitglieder des Zentrums gedenken zunächst die von der „Nordd. Allg. Ztg." behauptete Giltigkeit des Jesuitengesetzes in den neuen deutschen Kolonialgebieten anzufechten. In den agrarischen Kreisen bereitet man sich zu einem nochmaligen Ansturm gegen die Goldwährung vor, trotzdem bekannt ist, daß der Reichskanzler die Währungsfrage jetzt ungern auf die Tagesordnung gesetzt sieht. Von nationalliberaler Seite will man den bairisch-russischen Auslieferungs-Vertrag zur Sprache bringen, der als eine Folge des Widerwillens des deutschen Reichstages gegen eine Ausdehnung des preußisch-russischen Abkommens auf das Reich angesehen wird. Die auswärtige Politik hat den deutschen Reichstag stets nur dann beschäftigt, wenn dessen Autorität dazu dienen sollte, einer bedeutenden Aktion des Reichskanzlers Nachdruck zu geben. Ob Fürst Bismarck dazu den Karolinenkonflikt oder die jetzige Balkankrisis für geeignete Anlässe ansieht, steht noch dahin Zunächst bleibt er dem Reichstag noch fern, um ungestört die verschlungenen Fäden der Orientpolitik zu entwirren; bedarf die innere Politik aber seiner, dann wird Fürst Bismarck, rasch aus Friedrichsruh aufgestört, zeigen, daß es bei einer bestimmten kräftigen That niemals an ihm fehlt.

Tagesschau.

Freiberg, den 19. November.

In den unterrichtetsten Kreisen der **deutschen** Reichshauptstadt hegt man die feste Ueberzeugung, daß die Uebereinstimmung der drei Kaisermächte durch den serbisch-bulgarischen Krieg nicht getrübt worden sei, vielmehr die beste Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens biete. In Berlin hat dem Fürsten Alexander, nach einer Darstellung der „Köln. Ztg.", auch der Angriff der Serben keine neuen Sympathien verschafft, da auf ihm der Vorwurf haften bleibt, den Berliner Vertrag gebrochen zu haben. Ein bewaffnetes Eingreifen der Pforte sei augenblicklich ausgeschlossen. — Bezüglich des Karolinenkonflikts verlautet, daß die auf Anregung Deutschlands veränderte päpstliche Note folgenden Gedankengang habe: „Spanien hat seit Jahrhunderten fast gar keinen Souveränetäts-Akt auf den Karolinen vollzogen; es kann aber nicht geleugnet werden, daß sowohl die Wissenschaft als die allgemeine politische Anschauung Spanien ein moralisches Besitzrecht auf die Karolinen zusprechen. Andererseits steht fest, daß Deutschland ohne jedwedes Zuthun seitens Spaniens durch Begründung von Faktoreien auf den Karolinen dieselben der Kultur gewonnen und ein Interesse hatte, sein Werk vor den wilden Stämmen zu schützen. Was es daher gethan, sei unzweifelhaft in redlicher Absicht geschehen. Nach Klarstellung dieses Punktes bittet der Papst die Parteien, sich auf den Standpunkt der Billigkeit zu stellen, und schlägt ihnen den bekannten Ausgleich vor, nämlich die Anerkennung der spanischen Souveränetät seitens Deutschlands, die Gewährung des Rechtes an Deutschland, Kohlenstationen zu errichten und der vollsten Handelsfreiheit mit der gesammten Karolinengruppe."

Ueber das Befinden des deutschen Kaisers meldet der „Reichsanzeiger": „Seine Majestät der Kaiser befinden sich in erfreulich fortschreitender Genesung von dem mit Heiserkeit verbundenen Erkältungszustande. Allerhöchstdieselben hüten zwar noch das Zimmer, nehmen jedoch zahlreiche Vorträge entgegen und erledigen die Geschäfte der Regierung." — Im Auftrage des Kaisers und in Abwesenheit des Reichskanzlers eröffnete der Minister von Bötticher heute Nachmittag 2 Uhr den Reichstag in dem Sitzungssaale desselben, ohne die sonst üblichen Feierlichkeiten. Der Fall, daß die Eröffnung im Sitzungssaale und nicht im königlichen Schlosse erfolgt, liegt bei einer ordentlichen Session des deutschen Reichstags zum ersten Mal vor. — Vom deutschen Bundesrath ist die Revision der in den Motiven zum Kasernirungsplan angeführten Kostenüberschläge, dem Ausschuß für das Rechnungswesen bezüglich diesem Ausschuß und dem Ausschuß für das Landheer und die Festungen überwiesen worden. Die bei dem Heeresetat von den Bundesausschüssen vorgenommenen Abstriche wurden durch den Betrag von 146000 M. bei den einmaligen Ausgaben und unter Zugrundelegung der Oktoberpreise bei der Verpflegung herbeigeführt, wodurch sich ein Wenigererforderniß von 3386000 M. ergab. Behufs Wiederbesetzung einer erledigten Rathsstelle beim Reichsgericht wurde beschlossen, Sr. Maj. dem Kaiser einen Vorschlag zu unterbreiten. — Die bairische Abgeordnetenkammer erledigte gestern den Zolletat und lehnte den von der Regierung entschieden bekämpften Antrag der klerikalen Partei auf Herabsetzung der Bierexportvergütung um 20 Pf. per Hektoliter nach zweitägiger lebhafter Debatte in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 76 Stimmen ab. — Der Statthalter der Reichslande Fürst Hohenlohe ist gestern Nachmittag von Metz nach Straßburg zurückgereist. Bei der Wahl des Gemeinderaths der Stadt Metz für den Landesausschuß wurde der bisherige Abgeordnete Neumann mit 15 von 19 Stimmen; bei den Landesausschußwahlen in Mülhausen i. E. wurden die bisherigen Abgeordneten Mieg, Koechlin und Winterer wiedergewählt.

Der Kaiser von **Oesterreich** empfing vorgestern den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza in längerer Audienz und wird sich zunächst nach dem Schloß Gödöllö und dann nach Pest begeben. — Der am Sonnabend zusammentretende ungarische Reichstag soll schon am Montag in die eigentlichen Berathungen eintreten und über den Gesetzentwurf verhandeln, der eine Modifizirung des Gesetzes über die königlichen Notare bezweckt. Gleichzeitig wird der Finanzausschuß den nächstjährigen Budget-Voranschlag in Verhandlung ziehen und auch der Justizausschuß seine Thätigkeit wieder aufnehmen. — Die in Wien versammelte internationale Konferenz zur Feststellung eines einheitlichen musikalischen Normaltones hat den Antrag Oesterreichs angenommen, den Regierungen als Normalstimmton das eingestrichene A von 870 Schwingungen (Pariser A) zu empfehlen; ferner wurde eine Reihe von Anträgen betreffend die Maßnahmen zur Erhaltung und Sicherung dieser Normalstimmung von der Versammlung genehmigt.

In einer gestern in Paris stattgefundenen Plenarversammlung der Linken der **französischen** Deputirtenkammer gelangte man, bei der großen Meinungsverschiedenheit der Anwesenden, nur zu einem einzigen Beschluß, nämlich den Ministerpräsidenten Brisson zur beschleunigten Einberufung des Kongresses für die Präsidentenwahl aufzufordern. Nach einer Aeußerung des ministeriellen „Temps" läßt sich erwarten, daß Brisson sich gegen diese Forderung ablehnend verhalten wird und bei der in der Deputirtenkammer bevorstehenden Debatte die Kabinetsfrage stellen will. Gegen eine augenblickliche Ministerkrise wird geltend gemacht, daß nach der Neuwahl des Präsidenten der Republik das Ministerium doch seinen Rücktritt anbieten müsse, Jules Grévy also jetzt schwerlich für so kurze Zeit ein neues Kabinet zu Stande bringen könnte. Die bei Eröffnung der Kammern abgegebene ministerielle Erklärung enthält kein Wort über die auswärtigen Beziehungen Frankreichs, was mehrfach bemerkt worden ist. Der „National" behauptet, der Minister des Aeußern, Freycinet, habe dadurch bekunden wollen, daß er sich mit Brisson nicht unlöslich verbunden erachte. Freycinet hat gestern privatim den Vorsitzenden der Gemeindevertretung von Athen, Philemon, empfangen, welcher an das altherkömmliche Wohlwollen Frankreichs für Griechenland appellirte. Der Minister erwiederte, er könne über diesen Gegenstand nicht in Erörterungen mit ihm eintreten. — Durch die Explosion einer